



# Interviews

**Datum: 09. Juli 2024**

**Stefan Heinlein im Gespräch mit Hubertus Heil**

**Heinlein:** Fördern und Fordern – so seit etlichen Jahren ein zentrales sozialstaatliches Prinzip. Wer Geld vom Staat erhält, muss im Rahmen seiner Möglichkeiten mitwirken bei allen Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Doch über das richtige Verhältnis zwischen Fördern und Fordern gibt es unterschiedliche politische Meinungen. Jetzt im Rahmen der offenbar schwierigen Haushaltsverhandlungen der Ampel kippt das Gewicht wieder stärker in Richtung Fordern. Härtere Zeiten drohen für die Bezieher von Bürgergeld. Nun am Telefon Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, guten Morgen.

**Heil:** Guten Morgen, Herr Heinlein, grüße Sie.

**Heinlein:** Solidarität, Zutrauen, Ermutigung – so haben Sie es im Bundestag im November 2022 gesagt – das sei der Geist des Bürgergeldes. Warum verschwindet dieser Geist des Bürgergeldes jetzt offenbar wieder?

**Heil:** Nein, das tut er nicht, Herr Heinlein. Die Grundsicherung des Bürgergeldes bleibt, die Grundsicherung für die Menschen, die in Not geraten sind. Und richtig war immer, es gab immer Mitwirkungspflichten und auch Sanktionen. Dass jetzt nachgesteuert wird, und dass es mehr Zielgenauigkeit gibt, das ist richtig, aber das ist auch vertretbar.

**Heinlein:** Warum wird jetzt nachgesteuert? Was hat sich verändert, seit November 2022?

**Heil:** Zum einen haben wir einen größeren Zusammenhang. Ich bin erst mal froh, dass in der Koalition nicht nur eine Einigung zum Bundeshaushalt gelungen ist, sondern dass wir auch wirtschaftlich Impulse geben. Da geht es um bezahlbare Energie. Es geht um Investitionen in diesem Land. Und es geht auch um den Arbeitsmarkt.

Und dass wir beim Bürgergeld nachsteuern, zum Beispiel was die Bekämpfung von Schwarzarbeit betrifft, das sind Erfahrungen. Und die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, da ist was zu tun. Das ist aber nicht der Hauptfokus der Einigung. Das Bürgergeld bleibt eine verlässliche solidarische Leistung für die Menschen, die in Not geraten sind. Die allermeisten, die erwerbsfähig sind, wollen arbeiten. Die muss man auch nicht unter Verdacht stellen. Aber in Einzelfällen muss man nachsteuern. Und das Prinzip Unterstützung, Fördern und Fordern ist immer Teil des Gesetzes gewesen.

**Heinlein:** Wie eng waren Sie denn als zuständiger Arbeitsminister in diese Pläne, in diese Veränderungen beim Bürgergeld, in diese drastischen Verschärfungen, so muss man es ja sagen, einbezogen?

**Heil:** Ich war einbezogen in die Haushaltsverhandlungen und natürlich eng abgestimmt mit dem Bundeskanzler. Das ist ja der größere Zusammenhang. Die Aufgabe der Bundesregierung ist es in diesen Zeiten, handlungsfähig zu sein, äußere Sicherheit zu gewährleisten, wirtschaftliche Impulse zu geben – das ist gut für Arbeitsplätze – und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass wir die soziale Sicherheit in diesem Land gewährleisten. Wir haben keine Sozialleistungen gekürzt für Bürgerinnen und Bürger, denen das zusteht. Dass man an dieser Stelle nachsteuert, das finde ich vertretbar. Man muss sich jetzt im Einzelnen Dinge angucken, wie gesagt, was die Bekämpfung von Schwarzarbeit betrifft und den Handlungsrahmen für Mitwirkungspflichten. Das finde ich vertretbar. Andere Sachen müssen wir jetzt prüfen in der Umsetzung, aber das wird uns in der Koalition auch gelingen.

**Heinlein:** Was wollen Sie denn noch prüfen von diesen Punkten, die die Kollegin Ann-Kathrin Büüscher gerade aufgeführt hat?

**Heil:** Na ja, natürlich ist das eine politische Einigung und jetzt geht es um die Umsetzung. Und da müssen wir im Einzelnen gucken, auf welchem Weg wir das tun, in welchen Gesetzen, in welchen Weisungen an dieser Stelle, um das technisch zu sagen. Und da stellen sich noch ein paar Fragen – das ist ganz klar –, weil wir jetzt seit Freitag eine Einigung haben. Worauf wir uns jetzt konzentrieren, ist die Aufstellung des Haushalts zum 17. Juli im Bundeskabinett. Und dann soll das Wachstumspaket umgesetzt werden. Da ist viel Arbeit vor der Bundesregierung, aber ich kann Ihnen

sagen, ich bin froh, dass da kein Stillstand ist, denn es geht um große Fragen. Es geht auch um die Frage, ob wir die Renten dauerhaft stabilisieren. Es geht um Tarif-treue, damit Arbeit sich mehr lohnt, denn wir wollen die Tarifbindung in Deutschland stärken. Ist auch Teil der Verabredung, dass wir öffentliche Aufträge nur an die Un-ternehmen geben, die anständig nach Tarif bezahlen. Das sorgt dafür, dass Arbeit einen Unterschied macht.

**Heinlein:** Wer einen zumutbaren Job ohne Grund ablehnt, dem darf künftig – so steht es in diesen Plänen – für drei Monate das Bürgergeld um 30 Prozent gekürzt werden. Herr Heil, wird das noch geprüft oder wird das umgesetzt?

**Heil:** Nein, das ist das, was das Verfassungsgericht als absoluten Rahmen auch zu-lässt. Im Gegensatz zum Bericht Ihrer Kollegin vorhin, gab es Sanktionen nicht nur für Totalverweigerer. Es gab immer Mitwirkungspflichten bei Terminversäumnissen, auch bei der Ablehnung von zumutbarer Arbeit. Das gestalten wir jetzt zielgenauer aus, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Job-Centern uns auch mitgeteilt ha-ben, dass die Verhängung von Mitwirkungspflichten und Sanktionen im Zweifelsfall zu bürokratisch war. Aber eins will ich deutlich unterstreichen. Da hat Ihre Kollegin in dem Bericht vollkommen Recht. Die Allerallermeisten, die erwerbsfähig sind, die wol-len arbeiten. Und mein Ziel ist, Menschen in Arbeit zu bringen aus der Bedürftigkeit heraus, und zwar in Arbeit, von der sie leben können. Das ist der richtige Weg. Und wir brauchen Solidarität für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können. Das sind wir einer Gesellschaft schuldig, die sich der Menschenwürde verpflichtet und das ist unser Land.

**Heinlein:** Herr Minister, die Karenzzeit für das sogenannte Schonvermögen wird hal-biert auf sechs Monate. Blutet Ihnen da das Herz als Sozialdemokrat?

**Heil:** Nein. Also es ist tatsächlich so, dass die Höhe des Schonvermögens nicht an-getastet wird. Die Karenzzeit wird auf ein halbes Jahr verkürzt. Ich halte das für ei-nen vertretbaren Kompromiss an dieser Stelle. In den allerallermeisten Fällen haben Menschen ja kein größeres Vermögen, wenn sie in die Grundsicherung kommen. Wir lassen ein halbes Jahr Menschen einen bestimmten Schonbetrag, damit sie sich auf die Wiederaufnahme von Arbeit konzentrieren können und nicht zusätzliche Sorgen

machen. Das halte ich aber für einen vertretbaren Kompromiss. So ist das in der Koalition. Da sind in dem Wachstumspapier Dinge, die ich uneingeschränkt super finde. Ich habe es vorhin gesagt, dass wir das Rentenpaket umsetzen, die Tarifbindung stärken, Investitionen auslösen in diesem Land, Fachkräftesicherung betreiben. Das sind alles Punkte, die sind supergut. Und dann gibt es ein paar Punkte, die sind Kompromisse. So ist das, wenn man Koalitionspartner hat. Ein Kompromiss ist übrigens, Herr Heinlein, in der Demokratie gar kein Schimpfwort, sondern immer die Grundlage für Fortschritt.

**Heinlein:** Wie ist denn dieser Kompromiss zustande gekommen bei diesen Haushaltsberatungen? Wer war denn die treibende Kraft hinter diesen drastischen Verschärfungen beim Bürgergeld?

**Heil:** Na, erst mal, „drastische Verschärfungen“ weise ich zurück. Es ist ein Nachsteuern. Es ist mehr Zielgenauigkeit. Und ich habe vorhin gesagt, da gibt es Vorschläge, die sind von mir. Beispielsweise dafür zu sorgen, dass wir bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit auch mit den Sanktionen nachsteuern, übrigens auch im Datenaustausch mit dem Zoll, der in der Verantwortung des Kollegen Lindner ist, weil Schwarzarbeit nicht akzeptabel ist, weder wenn Arbeitgeber sie betreiben noch, wenn Beschäftigte das tun, weil das Betrug an der Gemeinschaft ist. Da ein Signal zu setzen, finde ich vollkommen richtig. Und dann gibt es andere Vorschläge. Über einen haben wir eben gesprochen. Der kommt von den Koalitionspartnern. Sie können sich vorstellen, eher von gelb und grün als von mir. Aber das ist ein vertretbarer Kompromiss und deshalb finde ich das auch okay.

**Heinlein:** Sie haben Herrn Lindner erwähnt, den Bundesfinanzminister. Ein Zitat von ihm: „Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die arbeiten, den fordernden Charakter unserer Arbeitsmarktpolitik zu stärken.“, so Finanzminister Lindner. Wie einleuchtend ist diese Argumentation des FDP-Vorsitzenden?

**Heil:** Ja, es ist eigentlich eine Binsenweisheit, denn im Gesetz stand immer Fördern und Fordern. Und mir ist eins wichtig. Ganz klar ist, dass wir kein bedingungsloses Grundeinkommen haben. Dass Menschen sich anstrengen müssen, das ist gar keine Frage, dass sie aber Unterstützung brauchen. Wir reden ja in der Regel über Men-

schen, die Vermittlungshemmnisse haben an dieser Stelle. Ob es eine Beeinträchtigung ist oder Langzeitarbeitslosigkeit oder über Menschen, die keinen abgeschlossenen Berufsabschluss haben. Zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen haben das nicht. Und das ist das Zentrale für mich im Bürgergeld, dass wir Menschen Unterstützung geben, zum Beispiel sich zu qualifizieren, um dauerhaft in Arbeit zu kommen, weil es tatsächlich darum geht, dass wir Arbeits- und Fachkräftemangel haben. Also das andere ist selbstverständlich. Was wir aber nie tun dürfen, ist, Gruppen der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, also Geringverdiener gegen Bedürftige. Das ist kein richtiges Spiel. Damit geht es keinem besser. Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeit sich mehr lohnt in diesem Land. Und die richtigen Stellschrauben sind eine Weiterentwicklung des Mindestlohns. Die wird es geben mit der Mindestlohnkommission im nächsten Jahr und die Stärkung von Tarifbindung. Denn Arbeit macht einen Unterschied. Und das ist ganz klar, dass man aber Gruppen nicht gegeneinander ausspielt, indem man Ressentiments schürt. Das meine ich nicht an Christian Lindner gemeint, sondern ganz allgemein.

**Heinlein:** Man darf Gruppen nicht gegeneinander ausspielen, Herr Heil. Wie erreichen Sie in Sigmaringen auf Ihrer Sommerreise durch Baden-Württemberg – da besuchen Sie verschiedene Unternehmen – wie sehr bekommen Sie da eine Stimmung mit, wenn Arbeitnehmer, Fachkräfte sagen, wir arbeiten uns hier jeden Tag krumm und die Bürgergeldbezieher, die liegen auf der faulen Haut und bekommen ihr Geld im Schlaf?

**Heil:** Ich weiß, dass das ein Thema ist, und dass der Eindruck entstanden ist, aber es ist nicht die Wahrheit. Da muss man auch dagegenhalten. Ich sage noch mal, es geht darum, dass wir die Menschen, die arbeiten, unterstützen. Das betrifft vor allen Dingen ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber ich habe hier Betriebe erlebt, in denen es gelungen ist beispielsweise, Geflüchtete aus der Ukraine in Arbeit zu bringen. Und wenn die Menschen in Arbeit sind, dann fragen die Kolleginnen und Kollegen nicht, wo sie herkommen, sondern was sie leisten. Ich habe ein großes Sägewerk hier besucht, da sind 15 Menschen aus der Ukraine in Arbeit gekommen, sehr viele Frauen mit einem schwierigen Schicksal. Die können noch nicht perfekt Deutsch, aber die sind wertvolle Kolleginnen und Kollegen für die anderen, die Einheimischen, denn in dieser Region, in der ich unterwegs war, gibt es Arbeits- und Fachkräftemangel. Ich glaube, dass das pragmatisch und vernünftig zu lösen ist, ohne, wie gesagt, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aufzuhetzen, denn das nützt ja niemandem, weder den Arbeitnehmern noch den Menschen, denen es schlechter geht. Wir

müssen dafür sorgen, dass Arbeit einen stärkeren Unterschied macht. Und wie gesagt, der Schlüssel liegt in der Arbeitsmarktintegration und in besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen im bisherigen Niedriglohnsektor. Und darauf konzentriere ich mich auch in der nächsten Zeit. Stichworte sind Weiterentwicklung des Mindestlohns und mehr Tarifbindung.

**Heinlein:** Was sagen denn die Fachkräfte in Baden-Württemberg über die geplanten Steuererleichterungen für ausländische Fachkräfte? Warum sollen Ausländer weniger Steuern zahlen für drei Jahre als einheimische Arbeitskräfte?

**Heil:** Das gehört zur Abteilung „Das müssen wir uns noch mal genauer angucken auch in der Vereinbarung“. Da muss man aufpassen, dass da kein gesellschaftliches Missverständnis entsteht. Ist auch eine Frage der Ausgestaltung. Frankreich und Großbritannien haben so was in der Vergangenheit gemacht. Aber wir müssen gucken, wie das umgesetzt wird. Ich gebe zu, dass ich an diesem Punkt über die Einigung nicht furchtbar glücklich bin, weil es zu Missverständnissen führen kann. Aber gut ist, dass im Text steht, dass man mit Untergrenzen, Obergrenzen arbeitet und gezielt mal darüber redet, worum es ..., wenn wir wirklich attraktiv sein wollen und sind für ausländische Fachkräfte, die wir dringend brauchen, ist das übrigens nicht der entscheidende Punkt. Es geht eher um die Frage, ob wir anwerben, ob wir auf die Stärken unseres Landes hinweisen. Wir sind ein starkes Land. Wir sind auf Platz 5 der Attraktivität auf der Welt, was qualifizierte Einwanderung betrifft. Vor uns sind vier englischsprachige Länder. Und wir werden uns darauf konzentrieren, dass das Einwanderungsgesetz funktioniert, weil wir ergänzend zu dem inländischen Potenzial eine qualifizierte Einwanderung brauchen. Aber dabei ist dieser Punkt nicht entscheidend. Das ist eher etwas, was sich Leute ausgedacht haben. Und man muss jetzt gucken, ob und wie das funktioniert. Aber da muss man kein Missverständnis aufkommen lassen.

**Heinlein:** Im Deutschlandfunk heute Morgen aus Sigmaringen, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD. Vielen Dank, Herr Minister, für das Gespräch und auf Wiederhören.

**Heil:** Herr Heinlein, alles Gute, tschüss.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.  
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-  
kussionen nicht zu eigen.*